einer Investitur, einer Übertragung der Herrschaft aufzudrücken in der Lage war.

In ansprechender Weise beleuchtet K. endlich im dritten Abschnitte die historische Entwicklung zwischen Wahl und Einsetzung, das Ineinandergreifen beider Institutionen. Hier tritt so recht klar zutage, wie wandelbar die Rechtsanschauung über Wahl und Einsetzung war, wie sehr augenblickliche politische Konstellationen, kraftvoll geäußerte Wünsche mächtiger Faktoren des Reichs die gewohnheitsrechtliche Bildung verfassungsrechtlicher Normen ganz wesentlich zu beeinflussen vermochten. So sind Wahl- und Einsetzungshandlung des Königs von nicht zu unterschätzender Bedeutung für die Gestaltung des mittelalterlichen deutschen Verfassungslebens überhaupt, für den Übergang vom monarchischen Staate älterer Zeit zum ständischen Staat des späteren Mittelalters: ein Problem, dem K. in seiner Geschichte des Kurfürstenkollegs noch näher zu treten beabsichtigt.

Innsbruck.

A. v. Wretschko.

Dr. Hans Fehr [jetzt a. o. Professor in Jena], Die Entstehung der Landeshoheit im Breisgau. Leipzig, Duncker und Humblot. 1904. 8°. VI und 186 SS. Preis 4 M.

In der vorliegenden Schrift behandelt zum ersten Male ein Jurist die Entstehung der Landeshoheit in einem Gebiete Schwabens, das ja auf jeder historischen Karte sich durch seine Buntheit vor den weiträumigen Territorien des ganzen Ostens einschließlich Bayerns und Niedersachsens abhebt. Zwar ist der Breisgau nicht das buntscheckigste Gebiet, aber diese Grafschaft vorzunehmen empfahl sich vor allem deswegen, weil für keine schwäbische Gegend das Quellenmaterial so reichlich veröffentlicht und durchgearbeitet ist, wie für diese, und vor allem hat Fester durch seine vortrefflich gearbeiteten Regesten der Markgrafen von Baden und Hachberg ein gutes Fundament geschaffen. Verf. ist übrigens auch an das ungedruckte Material herangegangen. Die Buntscheckigkeit jener Gebiete hatte in der Zeit, in der die sog. grundherrliche Theorie von der Entstehung der Landeshoheit neu belebt wurde, andere Forscher und auch den Referenten dazu geführt, auch für diese Gegenden diese Theorie anzunehmen, die z. B. auch für die Entwicklung des fürstenbergischen Gebietes vortrefflich zu passen schien und sich auf die falsche Erklärung von „Dieb und Frevel“ stützte. Fehr ist es unzweifelhaft gelungen, zu erweisen, daß die Grundherrschaft als solche keine staatliche Gerichtsbarkeit gewann, sondern nur grundherrliche Gerichtsbarkeit besaß, daß der Breisgauraf nicht als größter Grundherr Landesherr geworden sein kann, kurz, daß die grundherrliche Theorie nicht zutrifft.

26*

Verf. teilt die Entwicklung in drei Perioden. Die erste beendet er mit dem Aussterben des Hauses der Herzöge von Zähringen, der Familie, die zwar den größten Grundbesitz innerhalb der Grafschaft hatte, aber abgesehen von den Stadtgebieten von Freiburg und vielleicht Neuenburg kein von der Grafschaft unabhängiges Immunitätsgebiet erreichte (S. 19), die Grafschaft selbst war seit 1028 zweifellos erblich im Besitz des zähringischen Hauses, aber in dem des badischen Zweiges. Für die zweite Periode setzt der Verf. glatt das Jahrhundert von 1218 bis 1318, vom Tode Herzog Bertholds V. von Zähringen bis zur Teilung der Breisgaugrafschaft 1318. An die Zahl 1318 hätte sich der Verf. nicht hängen dürfen, gewiß, von diesem Jahre datiert die Pfandsetzung der Grafschaft an die Grafen von Freiburg, wobei sich der Markgraf von Sausenberg vorbehielt: „was dörffer ich oder min bruder jetzt inhand, die zue der genanten landgrafschaft hörent, die sollent wir von niemand empfaen noch haben, dan von dem rich zu allen den rechten, als ander herren in dem Brisgau dörffer hand von der landgrafschaft.“ Aber diese Verpfändung wurde erst Ende 1335 oder Anfang 1336 durchgeführt (S. 149); es hätte somit dieser Termin gewählt werden müssen. Die dritte Periode ist mehr skizzenhaft dargestellt und behandelt auch nur eingehender entsprechend dem Materiale die Gebiete der Markgrafen von Hachberg im Niederbreisgau und die der von Sausenberg im oberen. Für die verwickelte Geschichte des österreichischen Besitzes konnte Verf. die habsburgischen Regesten von Steinacker, die jetzt bis 1281 reichen, noch nicht verwerten.

Eine rechtsgeschichtliche Darstellung darf und muß jüngere Zeugnisse verwerten. Sie muß aber solche jüngere Quellen auch als solche kenntlich machen. Das ist nicht immer geschehen, das S. 65. 81. 85 ff. ausgiebig herangezogene Weistum (Grimm 1, 353 ff.) über Ithental gehört in die zweite Hälfte des 15. Jahrhunderts. Ein chronologischer Irrtum ist es auch, wenn S. 75 schon für die Zeit vor 1318 die Malterer als reiche Herren aufgeführt werden. Mitunter sind auch die räumlichen Grenzen nicht beachtet worden. S. 40 Waldau liegt nicht im Breisgau, S. 58 ebenso nicht das Kloster S. Georgen. S. 98 wird entgegen S. 7 Breisach herangezogen.

Innerhalb der einzelnen Perioden behandelt Verf. alle Elemente, welche für die Entstehung der Landeshoheit in Betracht kommen könnten. So die Heergewalt, die besonders glücklich behandelten Regalien — wo Wildbann und Bergregal sich aus den Schenkungen weiterentwickelten, die das Bistum Basel erhielt, als es von Burgund an Deutschland zurückfiel. Die meisten andern blieben dem Könige erhalten, nur das Geleitsrecht kam an die Stadtherren von Freiburg. Ob auch von Neuenburg?

Der Frage, ob die Grundherrschaft als solche die Quelle der Landeshoheit sein könne, ist ein erheblicher Teil des Buches gewidmet. Einmal dienen da die Untersuchungen über den Grundbesitz. Der Breisgau umschließt keine Bischofskirche, kein altes dauernd mächtiges Benediktinerkloster; Waldkirch, ein freiherrliches Frauenstift, ver-

liert einen großen Teil seines Besitzes und seiner Rechte an seine Vögte, die Freiherren von Schwarzenberg, über Sulzburg sind wir schlecht unterrichtet und bei S. Trudpert ist durch spätere Fälschungen die Erkenntnis erschwert. Doch würde ich heute hervorheben, daß die ministerialischen Vögte (von Staufen) nicht die ursprünglichen Vögte sein können; denn die Kastvogtei setzt freie Geburt des Inhabers voraus. Es entstehen innerhalb des Breisgaus dann ohne Immunitätsprivilegien im alten Sinne die Familienstiftung der Zähringer und ein bald sehr reiches Zisterzienserkloster, dessen Urbarchbuch Verf. vielleicht noch mehr mit Nutzen hätte heranziehen können. In der schließlichen Gestaltung der Landeshoheit findet man von Waldkirch, S. Trudpert, S. Peter und Thennenbach geschlossene Bezirke z. T. als Herrschaften wieder — aber der Weg, der dazu führte, liegt auf dem Felde der hohen Gerichtsbarkeit. In etwas gilt das auch von den Besitzungen von Einsiedeln, S. Blasien u. a. Den Immunitäten gegenüber hatte der Breisgaugraf stets nur eine schwache Stellung.

An weltlichem Grundbesitze haben die Freien lange einen erheblichen Anteil — wobei ich die Geschichte des Freiamtes vielleicht anders auffassen würde. Sehr viel wichtiger ist der Grundbesitz der Großen, und da ist der Nachweis gelungen, daß der reichste Grundbesitzer gar nicht die Grafschaft gewann oder vielmehr sie einer Seitenlinie überließ. Die Herzöge von Zähringen besaßen bei ihrem Untergange kein Immunitätsgebiet im Breisgau, doch gehörte ihnen das durch die Stadtgründung vermöge der Gerichtsorganisation entstandene Immunitätsgebiet der Stadt Freiburg. Hier konnten die neuesten fruchtbaren Forschungen noch nicht verwertet werden. Aber auch nach 1218 waren die Träger der Grafschaft nicht die größten Grundherren, nur in dem oberen Teile überwog doch der Besitz der Sausenberger erheblich, so daß sich hier bei jener oben erwähnten Verpfändung aus den vorbehaltenen „Dörfern“ die abgeteilte obere Landgrafschaft ergeben konnte. Die Darstellung auf S. 154 — 168 erweist jedoch, daß nicht, wie man glauben könnte, hier die einfache Grundherrschaft die Landeshoheit begründete, das Gerichtsgebiet griff vielmehr weiter als der Grundbesitz (171). Als tatsächlicher Inhaber der landgrafschaftlichen Rechte war der Markgraf Landesherr.

Wenn ich hier eine Bemerkung über die Nordgrenze der oberen Grafschaft einschalte, so überschreite ich fast meine Aufgabe. Allein die Untersuchungen von Maurer bedürfen der Verbesserung, die des Verf. der Erweiterung. Eine genaue Beschreibung der Grenze liegt überhaupt nicht vor. Fehr begnügt sich (S. 152) mit der Angabe, daß die Grenze an der Kreuzkapelle bei Neuenburg a/Rh. begann. Das ist also das südliche der vier Kreuze, welche den Stadtgerichtsbezirk von Neuenburg bestimmten, und damit ist die Grenze auf der Rheinstraße gegeben. Auf der Straße am Gebirge erscheint als Transporgrenze, aber auch als Grenze des Geleitsrechtes für Freiburg i/Br. schon vorher die Etzelnfurt. Maurer (und ihm folgend Fehr S. 18) sucht sie am Übergang über den Hohle Bach in Schliengen. Allein

das ist unmöglich. Die Furt und die Gerichtsgrenze hätte mitten im Dorfe Schliengen liegen müssen und vor sich als Vorposten an der von dort ausgehenden Rheinstraße die Kreuzkapelle gehabt. Die Etzelnfurt muß in der Höhe jener Kapelle etwa bei der Post von Müllheim gelegen haben. In dem erheblichen Stücke zwischen dem Müllheimer und Schliengener Bach läßt sich in der Tat sausenbergischer Besitz in Auggen, Eggenen und Feldberg nachweisen (vgl. Fester Regesten). Die Grafschaftsgrenze muß also die Herrschaft Badenweiler durchschnitten haben.

Der Verf. hat m. E. überzeugend den Nachweis geführt, daß auch für den Breisgau die grundherrliche Theorie nicht gelten kann, dabei gibt er aber selbst wiederholt (S. 87 und 147) zu, daß der Grundbesitz (die Grundherrschaft) und Territorium in äußerlichen Wechselwirkungen standen.

Das entscheidende Moment für die Landeshoheit ist der unbeschränkte, nur vom Könige abhängige Besitz der obersten Jurisdiktion. Diese ist aber zunächst hervorgegangen aus der Grafengerichtsbarekeit.

Die Darstellung dieser Verhältnisse füllt den Kern des Buches. Vorab hebe ich die trefflichen Abschnitte über die Dingstätten und die Gerichtstermine (S. 107 f.) hervor. Ebenso klar sind die Auseinandersetzungen über die innere Veränderung der Grafengewalt, auch die weitergreifenden Sätze über die Landeshoheit und das Lehnswesen (S. 30 f.) seien hervorgehoben.

Die Reihenfolge der Exemtionen, welche die Grafschaft durchbrechen, ist nach Fehr etwa folgende: um 1120 Stadtgerichtsbezirk von Freiburg zugunsten des Stadtherrn, der Herzöge von Zähringen, diese Exemtion erfolgt noch durch den König; um 1200 vielleicht ebenso Neuenburg. Die andern Gerichtsherrschaften, welche sich vor 1218 gebildet hatten, waren im Grafschaftsverbande verblieben (S. 44. 53 sämtlich in Gebieten von Geistlichen: hohe Gerichtsbarkeit des B. v. Basel, der Klöster S. Trudpert, S. Blasien und S. Peter, gerade hier sind aber sehr junge Quellen mit herangezogen). Nach S. 54 beginnt die Territorialbildung im Breisgau erst im 13. Jahrhundert. Fehr hätte wohl die Exemtion der dem Reiche zustehenden Gebiete bereits in diese Zeit versetzen dürfen, er erwähnt sie eigentlich nur beiläufig: Rheinfeldische Orte (106) Gundelfingen (S. 82). Die Orte am Kaiserstuhl (106). Niese, Die Verwaltung des Reichsgutes im 13. Jahrhundert, konnte Fehr noch nicht heranziehen.

Eingehende Betrachtung wird dann S. 79 — 95 den Gerichtsherrschaften gewidmet, solange irgend ein Abhängigkeitsverhältnis von der Landgrafschaft bestehen bleibt, erkennt Fehr die Landeshoheit nicht an (S. 95. 96), vor 1318 wird keine unabhängig. Später erreichen das einzelne Gebiete — bischöflich baselsche, die Grafen von Freiburg durch die oben erwähnte Verpfändung, das Territorium der Österreicher, das auf den allerverschiedensten Quellen beruht (hier wird

die Forschung noch wohl manches feststellen können), das der Markgrafen von Hachberg, wo freilich die Übertragung der Kompetenzen des breisgauischen Landgerichtes (157) nicht sofort klar wird, doch ist die Wurzel wohl in der Abteilung der Hachberger als Linie des Hauses der Breisgaugrafen zu suchen, dann folgte eine Exemtion durch König Wenzel.

Das Schlußkapitel behandelt, wie Österreich zur Landgrafschaft im niederen Breisgau kam.

Der Nachweis solcher hohen Gerichtsherrschaften, die ohne ja gegen die Landgrafschaft aufkamen, erklärt den Unterschied von den weiträumigen Territorien des Ostens, zwingt aber dazu bei der Erklärung der Bildung dieser Territorien Immunität, Vogtei, Grundherrschaft, niedere Gerichtsbarkeit heranzuziehen, wenn auch der entscheidende Grund in der hohen unabhängigen Gerichtsgewalt nachgewiesen ist.

Fehr berührt auch den Landgrafentitel S. 60 f. und regt an, den Gedanken zu verfolgen, ob außerhalb Thüringens dieser Titel sich aus dem Gegensatz der Besitzer alter Grafschaften und den Herren der städtischen Exemtionen erklären lasse. Schon an sich würde das eher zum Titel Stadtgraf geführt haben, aber die Landgrafschaften im Hegau und Klettgau wie in der Baar kennen, soviel ich sehe, gar keine Städte, die exemt gewesen wären. Ich glaube, daß es da doch bei den Titulargrafen bleiben sollte. Wenn die Herzöge von Zähringen ohne Herzogsgewalt, ja die Herzöge von Irslingen ihren Titel beibehielten, wie die Markgrafen von Baden den von Verona, warum sollten die Grafen von Freiburg und Nimburg anders gehandelt haben?

Einige Kleinigkeiten füge ich bei. S. 16 Anm. 4 muß das erste 1188: 1158 heißen, S. 19 Anm. 3 lies 1, 218, nicht 208. S. 19 und 55 werden die Uracher doch zu Unrecht als unbedeutendes Dynastengeschlecht bezeichnet. S. 38 l. Simonswald statt Sigmonswald. S. 52 § 7 statt § 6. S. 78 l. Sexau statt Lexau. S. 105 und öfter wäre die Herrschaft Werrach besser Wehr oder Wehrach zu nennen, S. 111 ist der Satz: „Der Breisgaugraf war von keiner Stadt seiner Grafschaft der Stadtherr“ unrichtig, er war es zu Schopfheim. S. 169 Bei Fester gibt es kein Regest h 1263.

Zum Schluß sei die knappe, klare Form des Buches hervorgehoben, das den Dank der Juristen wie der Historiker reichlich verdient.

Bonn.

Aloys Schulte.